



**Betreff:**

öffentlich

**Genehmigung einer Dienstreise nach Versailles am 28./29. September 2013**

Einreicher: Büro der Stadtverordnetenversammlung	Erstellungsdatum	21.08.2013
	Eingang 902:	21.08.2013

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.09.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Dienstreise des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Herrn Peter Schüler anlässlich des Besuchs der Stadt Versailles wird gemäß § 7 der Entschädigungssatzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam genehmigt.

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Die finanziellen Mittel für die Flugkosten in Höhe von 294,44 Euro stehen in der Kostenstelle 1114100.5271920 Sachaufwendungen für Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

**Begründung:**

Wie bereits in der Hauptausschusssitzung am 14. August 2013 informiert, werden Vertreter der Landeshauptstadt Potsdam am 28. und 29. September 2013 gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung nach Versailles fahren, um eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit beider Städte zu unterzeichnen.

Dies beinhaltet noch keine Städtepartnerschaft, sondern ist eine Absichtserklärung zukünftiger Zusammenarbeit.

Gemäß § 7 der Entschädigungssatzung sind mehrtägige Dienstreisen für Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung durch die Stadtverordnetenversammlung zu genehmigen.